

# Brüsseler Weltmachtehrgeiz

## Mit Euro-Bonds raus aus der Coronakrise – hin zur Schaffung eines europäischen Weltkreditmarkts für den Euro als Weltgeld

Theo Wentzke

Zur Bekämpfung der Coronapandemie haben alle EU-Staaten ihrer Gesellschaft mal mehr, mal weniger gravierende »Lockdowns« verordnet. Das Resultat: eine von den Staaten selbst herbeigeführte kapitalistische Krise, laut der Exkanzlerin des wirtschaftsstärksten Landes der EU der »schwerste Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg«. Für alle europäischen Staaten steht damit fest, dass sie ihre Ökonomien mit so viel staatlich geschöpftem Geld stützen und fördern müssen, dass die flächendeckende Schädigung von Geschäftsbilanzen begrenzt wird und langfristig auf ihren Standorten wieder kapitalistisches Wachstum stattfinden kann. Angesichts dieser Lage geben die EU-Kommission, Frankreich, vor allem aber Deutschland den Klagen vor allem ihrer hoch verschuldeten europäischen Partner im Süden recht, dass die nationale Bewältigung ihrer Notlage von ihnen nicht zu leisten sei.

In einem ersten Schritt ermächtigen sie diese zur Schuldenaufnahme über die bisher im Euroraum verpflichtend gemachten Grenzen des »Stabilitätspakts« hinaus und setzen die Maastricht-Kriterien außer Kraft. Weil der Zusammenbruch der Wirtschaft in großen Teilen Europas nicht nur laufende Geschäfte mit ihnen durchkreuzt, sondern auf Dauer das kapitalistische Wachstum auf dem Binnenmarkt als ökonomische Basis ihrer Gemeinschaftswährung zu zerstören droht, geben sie die bisherige Bindung der Kreditschöpfung durch die Mitgliedstaaten an deren sehr unterschiedliche, teils prekäre Wirtschaftskraft als der »soliden« Garantie für Wert und Gültigkeit des europäischen Nationalkredits auf. Für die Werthaltigkeit dieser Kredite, die in erster Instanz zerstörtes Geschäft und Minuswachstum auf den nationalen Standorten ersetzen müssen, steht die EZB auf ihre Weise ein. Sie eskaliert ihre seit der Finanzkrise praktizierte Ankaufspolitik (»whatever it takes«), zieht ihre eigenen Vorbehalte gegenüber dem Ankauf von »Ramschpapieren« gewisser Staaten aus dem Verkehr und kauft alle Staatsanleihen in der EU vorerst unbegrenzt auf.

### Supranationale Kreditschöpfung

Diese Krisenbewältigung halten weder die EZB noch die Macher der EU auf Dauer für ausreichend. Trotz der Liquiditätsschöpfung der EZB sehen sie angesichts der Folgen der Coronakrise für die Wirtschaft Europas die Gefahr eines weiteren Auseinanderdriftens der Verschuldungsfähigkeit. Eine solche drohende, immer weiter wachsende »Fragmentierung« im Euroraum zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten mit unabsehbaren Folgen für die Solidität des Euros und den politischen Zusammenhalt der EU wollen die Macher der EU verhindern. Um der Wirtschaftskrise im vereinten Europa Herr zu werden und eine erneute Schuldenkrise abzuwenden, entschließen sie sich in einem zweiten Schritt – als außerordentliche und vorerst befristete Notstandsmaßnahme – erstmalig zu einer gemeinschaftlichen Schuldenaufnahme.

Dies ist ein bemerkenswerter Standpunktwechsel, zu dem sich zu guter Letzt auch die ökonomische Führungsnation der Union genötigt sieht, die den Einstieg in die »Schuldenunion« bis dahin mit aller Macht verhindert hat: Mit Beschluss des Ministerrats wird die EU-Kommission zum ökonomischen Subjekt der Kreditbeschaffung der EU befördert und dazu ermächtigt, auf den Finanzmärkten Coronabonds zu begeben und Schulden in der beträchtlichen Höhe von 800 Milliarden Euro aufzunehmen, um sie in Form von Krediten und Zuschüssen in unterschiedlicher Höhe, je nach wirtschaftlicher Bedeutung und Bedürftigkeit der Mitgliedstaaten, an sie weiterzureichen. Kreiert wird damit ein Kredit, der den gemeinschaftlichen Willen der EU

repräsentiert, kraft ihres politischen Machtworts ihre Mitgliedstaaten aus deren Notlage herauszukaufen und sich dafür so viele Schulden zu leisten, wie sie zur Bewältigung der »schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg« für nötig befindet.

Die Frage nach der Solidität dieser supranationalen Kreditschöpfung beantwortet die EU mit einem Verwendungszweck dieses Kredits, der keinen Zweifel daran lässt, dass er sich nicht auf ein bloßes Reparaturprogramm für die geschädigten europäischen Ökonomien beschränkt. Ihre oberste Exekutivbehörde vertritt vielmehr den Standpunkt, dass die größte Krise der EU auch »die Gelegenheit des Jahrhunderts für Europa« ist, »die Rolle der Europäischen Union auf der Weltbühne zu stärken« (Kommissionspräsidentin von der Leyen). Für die Realisierung dieser machtbewussten Perspektive legt sie als supranationale Standorthüterin der EU ein entsprechendes »Wiederaufbauprogramm« auf: Die Bekämpfung des Notstands der europäischen Staaten verknüpft die Kommission mit einer Aufrüstung des europäischen Standorts, mit der sie sich vornimmt, von Europa aus das Weltmarktgeschäft zu dominieren.

Was die Kommission dafür in den Mitgliedstaaten wirtschaftspolitisch für geboten hält, definiert sie unter dem vorwärtsweisenden Titel »Next Generation EU (NGEU)« so: »Der Anwendungsbereich der Fazilität umfasst Politikbereiche von europäischer Bedeutung, die in sechs Säulen aufgegliedert sind: a) ökologischer Wandel, b) digitaler Wandel, c) intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, darunter wirtschaftlicher Zusammenhalt, Arbeitsplätze, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie ein gut funktionierender Binnenmarkt mit starken KMU, d) sozialer und territorialer Zusammenhalt, e) Gesundheit und wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz, um unter anderem die Krisenvorsorge und Krisenreaktionsfähigkeit zu erhöhen, und f) Maßnahmen für die nächste Generation, Kinder und Jugendliche, wie zum Beispiel Bildung und Kompetenzen.«<sup>1</sup>

Die weitaus meisten Mittel dieses Programms für die »wirtschaftliche Erholung Europas« plus den Mitteln aus dem auf 1,8 Billionen aufgestockten, siebenjährigen europäischen Finanzhaushalt sind reserviert für das gewaltige politökonomische Aufbruchprogramm, das sich die EU unter dem Stichwort eines grünen, digitalen und nachhaltigen Umbaus der gesamten europäischen Wirtschaft nicht erst seit der Coronakrise auf die Fahnen geschrieben hat. Ein Programm, das sich an der mit Nachdruck von Deutschland betriebenen und im europäischen »Green Deal« zur zentralen EU-Zukunftsstrategie erhobenen Energiesystemwende ausrichtet und durch die supranational verordnete Umstellung der europäischen Energiewirtschaft auf »grüne« und nachhaltige Technologien – zusammen mit der ebenso ambitionierten Digitalstrategie der EU – auf nicht weniger als eine »zweite industrielle Revolution« zielt. Im Namen »einer klimafreundlichen Wirtschaft und Gesellschaft« wird mit den entsprechenden Regelungen und Auflagen für den europäischen Binnenmarkt die umfassende Erneuerung und Umwälzung der technologischen Grundlagen des gesamten industriellen Sektors der EU vorangetrieben. Mit diesem Programm werden nicht nur jede Menge komplett neuer Geschäftssphären gestiftet, deren »Wettbewerbsfähigkeit« und »Produktivität« entsprechend subventioniert und gefördert, sondern komplementär dazu zugleich die politischen Rahmenbedingungen geschaffen für den riesigen innereuropäischen Absatzmarkt für die neuen Produkte wie E-Autos, grüner Stahl etc., der die nötigen Kapitalinvestitionen in diese Wachstumssphären »der Zukunft« erst so richtig produktiv macht.

Was die EU mit ihrem supranationalen Kredit den EU-Staaten für die Sanierung ihrer nationalen Standorte spendiert bzw. leiht, hat Mittel für dieses Aufrüstungsprogramm zu sein: für die Neuausrichtung der Energieproduktion ihrer Länder weg von den fossilen Brennstoffen hin zur Stromerzeugung durch alternative Energien, für den nötigen Umbau der Industrien, die Bereitstellung der Infrastruktur für E-Mobilität etc. – und für den Ausbau der notwendigen Voraussetzungen für die flächendeckende Digitalisierung des Geschäftsverkehrs zur Steigerung der Kapitalproduktivität.

Auf diese Weise neu aufgestellt soll die EU zur schlagkräftigen ökonomischen Basis für die Etablierung eines flächendeckend grün gewendeten Weltgeschäfts werden, bei dem die europäischen Kapitale mit überlegener Produktivität die Maßstäbe für die Steigerung des kapitalistischen Wachstums auf dem Weltmarkt setzen – gegen die mächtigen Konzerne aus den USA und China, die selber darum konkurrieren, den Weltmarkt mit »Green Deal« und Digitalisierung zu beherrschen: »Europa hat die Instrumente, um global etwas zu bewirken. Als einer der größten Märkte und Handelsblöcke der Welt hat die EU die Möglichkeit, Regeln und Standards für importierte Waren und Dienstleistungen festzulegen. Wir haben bereits zahlreiche Handelsabkommen und strategische Partnerschaften mit Ländern und Regionen auf der ganzen Welt; und gemeinsam sind die EU und ihre Mitgliedstaaten der weltweit führende Geber von Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe. Schließlich verfügt die EU mit der EIB über den größten multilateralen Darlehensgeber.«<sup>2</sup>

Unter Einsatz der Druckmittel, über die die EU als größter globaler Binnenmarkt, mächtiger Handelsblock und bedeutender Kreditgeber verfügt, macht sich Brüssel im zwischenstaatlichen Verkehr mit »Ländern und Regionen auf der ganzen Welt« dafür stark, dass das Leitziel, die Herstellung und nachhaltige Garantie der unschlagbaren Konkurrenzfähigkeit des ökologisch umgebauten europäischen Kapitalismus, vorangebracht wird. Mit Regelungen wie z. B. einem CO<sub>2</sub>-Zoll auf importierte Waren sorgt sie dafür, dass die »kostenintensiven« grünen Produkte auf dem europäischen Markt gegenüber den mit herkömmlicher Energie produzierten ausländischen »Billigimporten« »wettbewerbsfähig« werden, so dass die europäischen Kapitale zu der Größe heranwachsen können, mit der sie auf dem Weltmarkt die Konkurrenz ums grüne Weltgeschäft dominieren. Daneben treibt sie den Abschluss zahlreicher neuer Freihandelsabkommen voran, mit denen die Standards für den »ökologischen Wandel«, die sich Europa auf seinem Binnenmarkt mit seinen Klimazielen und deren Umsetzung durch Emissionshandel, CO<sub>2</sub>-Bepreisung etc. verordnet hat, auch die im internationalen Handel gültigen werden sollen, damit der ökologisch gewandelte Kapitalismus der EU auf den Standorten ihrer Handelspartner zur Blaupause des kapitalistischen Produzierens samt seiner entsprechenden staatlichen Regelung und Betreuung wird. Und mit diversen »strategischen Partnerschaften« ebenso wie mit der Vergabe von »Entwicklungshilfe« und »humanitärer Hilfe«, also immer als wohlverstandener Dienst an den notleidenden Völkern, verfolgt die EU die anspruchsvolle Absicht, sich ebenso zuverlässige wie billige Rohstoffquellen, z. B. für die Erzeugung »grünen Wasserstoffs«, zu sichern und Absatzmärkte für europäische Technologie zu erschließen – weiß also auch noch für den letzten Erdenwinkel, welchen Beitrag zur Rentabilität der von Europa aus vorangetriebenen Energiesystemwende er leisten könnte.

Mit wem sich die EU mit diesem Programm, den europäischen Kapitalismus zum bestimmenden Subjekt am Weltmarkt zu machen, anlegt, das drücken ihre maßgeblichen Vertreter aus, wenn sie der EU im Falle der Energiesystemwende die Rolle des »globalen Vorreiters« zuschreiben, der für sich nicht weniger als die »weltweite Führungsrolle im Klimaschutz« beansprucht. Insofern ist die Realisierung ihres ambitionierten Projekts eine einzige offene Machtfrage, bei der alles davon abhängt, inwiefern die EU in Konkurrenz zu den USA und China sowohl bei den mächtigen Rivalen selbst als auch gegenüber der restlichen Staatenwelt die Bedingungen für das »klimaneutrale Wirtschaften« auf dem Globus setzen kann.

## Ein »grüner« Finanzmarkt

Mit ihren »Leitplanken« und milliardenschweren Anschubfinanzierungen setzt die EU-Kommission darauf, dass Europas Unternehmen sich aus professioneller Geldgier dazu ermuntern lassen, ihr Kapitalwachstum durch die Eroberung »grüner« Weltmärkte voranzutreiben. Das soll jedoch bloß der Auftakt dafür sein, eine neue »Lebensader« aufzutun, »durch die die Erholung und das künftige Wachstum auf lange Sicht genährt werden«.<sup>3</sup> Die EU-Kommission setzt dafür auf spezielle Errungenschaften eines europäischen Finanzmarkts, die Ausweitung der »Marktfinanzierung«, nämlich den vermehrten Einsatz von »Beteiligungskapital und »Anleihen« statt der »gewöhnlichen Finanzierung« per »Kreditvergabe«. Was die Kommission hier namhaft macht, ist ein sachlicher Fortschritt im Kreditgeschäft: Die kreditierten Unternehmen werden vom Schuldner zu einem Emittenten von Wertpapieren, deren Verkauf Kapital einbringt, das wie das eigene Vermögen im Betrieb als

Kapital fungiert; im Fall von Aktien unwiderruflich. Auf der anderen Seite werden aus Gläubigern Investoren, die in Gestalt von Wertpapieren einen handelbaren Vermögenstitel erwerben; ein eigenständiges Stück Geldkapital, das förmlich getrennt von der investierten Summe das Versprechen seiner Vermehrung verkörpert. Die Entwicklung des Werts solcher Waren, abhängig von der kontinuierlichen spekulativen Einschätzung der Ertragsversprechen, die im Handel durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage vollzogen wird, schlägt sich somit unmittelbar im Vermögen der engagierten Investoren nieder. An den sachlichen Unterschieden zwischen Kredit- und Wertpapiergeschäften schätzt die EU-Kommission deren Leistungen für alle betreffenden Parteien.

Damit mehr Investitionen länger an die »industrielle Revolution« Europas gebunden werden, setzt sie auf die Attraktion von Investoren: Das Finanzgewerbe ist eingeladen, den immensen Finanzierungsbedarf der »grünen« Industrie Europas als Anlagegelegenheit zu nutzen; die zum »Green Deal« festgeklopfte Spekulation, die politisch abgesegnete finanzielle Förderung einer künftigen Weltmarktdominanz »grüner« europäischer Unternehmen ist dabei als Faktor zusätzlicher und anhaltender Solidität der industriellen Grundlage von »nachhaltigen« Investments zu würdigen. Obendrein baut die Kommission auf den spekulativen Zirkel, dass das von ihr subventionierte Erfolgsversprechen der »grünen« Industrie die Attraktivität »nachhaltiger« Investments für Anleger steigert und umgekehrt die Attraktion von Investoren wiederum der »grünen« Industrie wachsende Mittel für ihre Konkurrenz verschafft, was wiederum als ökonomische Basis die darauf bezogenen »nachhaltigen« Finanzgeschäfte befeuern soll, usw.

Ihr Projekt zur Förderung des europäischen Markts für »nachhaltige« Finanzinstrumente legt die Kommission – es geht schließlich um die Abwendung einer globalen Katastrophe – von vornherein auf die Eroberung dieser schnell wachsenden Sparte des internationalen Finanzmarkts aus. »In Verbindung mit dem Aufbauplan bietet die Förderung eines nachhaltigen Finanzwesens die Gelegenheit, die Finanzmärkte der EU zu einem globalen Zentrum für ein ›grünes Finanzwesen‹ zu machen.«<sup>4</sup> An einem mit EU-Anleihen abgesicherten Markt für »nachhaltige Finanzprodukte«, der durch sein wachsendes »paneuropäisches Ausmaß«<sup>5</sup>, das Volumen umgeschlagenen Vermögens, an Attraktivität gewinnt, kommt kein international agierender Investor vorbei, der »nachhaltig« anlegen will, was wiederum mit dem »Ausmaß« dieses Marktsegments dessen Attraktivität für die Spekulation auf »nachhaltige Finanzprodukte« steigert.

Darauf spekuliert jedenfalls die EU-Kommission, wenn sie solch einen »grünen« Referenzmarkt für die Spekulantenwelt als wichtigen Baustein zu einem noch »tieferen Kapitalmarkt« verbucht: »Größere und stärker integrierte Märkte tragen dazu bei, die EU insgesamt zu einem größeren und tieferen Kapitalmarkt zu machen. Dies kommt inländischen Investoren zugute und erhöht die Attraktivität des EU-Kapitalmarkts für ausländische Investoren.«<sup>6</sup> Gläubiger und Investoren, Schuldner und Emittenten aus aller Welt sind eingeladen, ihrem Interesse an Krediten und Wertpapieren aller Art am europäischen Finanzmarkt nachzugehen und dadurch selber für die nötigen Erfolgsbedingungen zu sorgen.

Was es dafür unbedingt braucht, ist neben der Überwindung national »fragmentierter« Kapitalmärkte durch einheitliche Rechtsvorschriften vor allem eine politisch gestiftete materielle Sicherheit. Im Interesse der Eroberung des internationalen Finanzkapitalismus kommen die EU-Bonds erneut in den Blick – als Gelegenheit, deren beschränkte Funktion für das autonome Wachstum eines »grünen« Finanzmarkts zu verallgemeinern und auf ein neues Niveau zu heben, das sie perspektivisch zu wirklichen »Safe Assets« macht, wie man sie sonst nur in Gestalt der US-Treasuries kennt: »Die hohe Nachfrage nach Bundesanleihen und die entsprechend niedrigen Renditen offenbaren ein Strukturproblem: Dem Euro-Kapitalmarkt fehlt ein ›Safe Asset‹, ein sichereres Wertpapier, mit ausreichendem Volumen (...) De facto sind seitdem (seit der Finanzkrise 2008) Bundesanleihen die ›Safe Assets‹ (...) Es gibt also in Euro-Land gar keine den US-Staats-Bonds vergleichbaren Papiere. Die ›Bunds‹, wie deutsche Regierungsanleihen kurz genannt werden, sind nicht mehr als unzureichender Ersatz. Auch die Bundesanleihen sind nicht durch eine eigene Notenbank abgesichert und vor allem nur in ungenügendem Volumen vorhanden.«<sup>7</sup>

Was der mitdenkende Sachverstand hier als Fehlannonce ausdrückt, sind die qualitativen sowie quantitativen Anforderungen, die »sichere Anlagen« für einen wahrlich »tiefen« Finanzmarkt zu erfüllen haben. Was deutsche »Bunds« de facto« zu »Safe Assets« qualifiziert: Es handelt sich immerhin um Staatsanleihen; Geldkapital, hinter dem nicht bloß irgendein geschäftliches Ertragsversprechen, vielmehr die politische Gewalt über einen ganzen nationalen Kapitalismus steht. Gemessen an den »US-Staats-Bonds« sind die »Bunds« allerdings bloß »de facto« eine Alternative, also ein »unzureichender Ersatz«, weil sie »nicht durch eine eigene Notenbank abgesichert« sind. Wirklich brauchbare europäische »Safe Assets« müssen diesen Makel überwinden – zugunsten der Versicherung, dass sowohl die Quelle europäischer Staatsschulden als auch deren geldpolitische Garantie den Berechnungen der einzelnen Mitgliedstaaten entzogen, nämlich an EU-Kommission und EZB überantwortet sind. Der entscheidende Unterschied liegt demnach in der Doppelnatur dieser »Assets«: Sie sind frei handelbares Geldkapital, vergleichbar mit und praktisch in den Vergleich gestellt zu Wertpapieren aller Art, und zugleich Repräsentant jederzeit mobilisierbarer, gültiger Zahlungsfähigkeit, weil die Europäische Zentralbank ihren Umtausch in gesetzlich verbindliches Zahlungsmittel garantiert. Das schafft Sicherheit für alle Investoren, die in solchen »Safe Assets« über sich verwertende Vermögenstitel und eine dauerhafte, im Prinzip unerschöpfliche geldpolitische Garantie der Geldgleichheit ihrer Investments und damit über eine solide Grundlage ihrer gesamten darauf aufbauenden Spekulation auf verbrieftes Renditeversprechen verfügen.

Deswegen kommt es bei »Safe Assets« außerdem darauf an, dass sie in hinreichender Masse zur Verfügung gestellt werden: Auch daran mangelt es den »Bunds«; sie sind »nur in ungenügendem Volumen vorhanden«. Der Blick auf die US-Staats-Bonds lehrt die EU-Kommission, dass es »eine auf Euro lautende europäische sichere Anlage (braucht), deren Volumen so groß ist, dass sie als Benchmark der europäischen Finanzmärkte herangezogen werden kann«. <sup>8</sup> Damit ein europäisches »Safe Asset« seine Doppelnatur überhaupt nutzbringend entfalten kann, muss es funktional auf das finanzkapitalistische Wachstum der europäischen Finanzmärkte bezogen sein, nämlich in Abhängigkeit vom spekulativen Bedarf nach garantiert liquidierbaren Finanzinstrumenten, d. h. für die Refinanzierung darauf aufbauender Kredit- und Wertpapiergeschäfte in Umlauf gebracht, also in einer Größenordnung geschöpft werden, die dem Gesamtumschlag des Geldkapitals, der am Finanzplatz Europa und von ihm ausgehend weltweit stattfindet, als Sicherheit seines autonomen Wachstums dient.

## Vom Kredit- zum Weltgeld

Dass die anspruchsvolle Perspektive europäischer »Safe Assets« im Widerspruch dazu steht, die Emission von Euro-Bonds im Namen nationaler Eigenverantwortung infrage zu stellen oder zeitlich und durch Projektbindungen zu beschränken, schließt die Notwendigkeit ein, dass »die Mitgliedstaaten die Gelegenheit ergreifen« und sich künftig von derlei Einschränkungen emanzipieren. Denn die Liquidität, die einem europäischen Finanzmarkt überhaupt seine notwendige »Tiefe« verleihen würde, lebt davon, dass auf Rechnung der Kommission des europäischen Staatenbunds und kraft der unerschöpflichen Finanzmacht seiner Notenbank Mittel zur Finanzierung einer zirkulären Vermehrung finanzkapitalistischer Risiken in einem Umfang zur Verfügung gestellt werden, die solch einen Zirkus absichern und dadurch erst so richtig freisetzen.

Das muss sein, schließlich kommt es der EU-Kommission bei ihren Anstrengungen, »das Gewicht auf Euro lautender Wertpapiere im weltweiten Finanzgeschäft (zu) erhöhen«, letztlich und entscheidend darauf an, die »internationale Rolle des Euro« <sup>9</sup> zu stärken. »Dass tiefe und liquide Kapitalmärkte der Schlüssel dazu sind, dass eine Währung einen globalen Status erlangt«, das entnimmt die Chefin der EZB »der Geschichte«. <sup>10</sup> Maß nimmt die EU am Resultat der Erfolgsgeschichte des einzigartigen US-amerikanischen Finanzmarkts und dem konkurrenzlosen internationalen Status seiner Währung: Der Dollar ist die Maßeinheit und die Materie des Werts der Instrumente, mit denen die Akteure des US-Finanzmarkts die Akkumulation der Wirtschaft finanzieren, bezeichnet die Kredit- und Wertpapiergeschäfte, für die er geschöpft und in Verkehr gebracht wird, repräsentiert nicht nur das finanzierte Wachstum der Industrie und das autonome Wachstum des Finanzgewerbes in den USA, sondern darüber hinaus seinen weltweiten kapitalistischen Einsatz, weil und insoweit das amerikanische

Kreditgeld als Vehikel aller Funktionen des globalen Kapitalismus fungiert. Das durch die Konstitution eines durch »Safe Assets« begründeten europäischen Weltfinanzmarkts für den Euro durchzusetzen, ist das erklärte Ziel: In dem Maße, wie der europäische Finanzmarkt als Umschlagplatz des Kredits und Geldkapitals der Schuldner und Gläubiger, Emittenten und Investoren aus aller Welt genutzt wird, ein selbstreferenzielles finanzkapitalistisches Wachstum des europäischen Finanzgewerbes absolut und relativ wachsende Teile des internationalen Finanzgeschäfts umschlägt, ist das einschlägige Kreditzeichen Euro Weltkreditgeld – jenseits des eigenen Hoheitsgebiets, global gültiger Maßstab kapitalistischen Reichtums, garantiertes Zugriffs- und Kreditmittel.

Die Kommission nimmt sich nicht nur vor, aus einer pandemischen Krise einen kapitalistischen Fortschritt des europäischen Industriestandorts zu dreheln. Wenn Europa schon einen milliardenschweren Haushalt auf den Weg bringt, gilt das gleich als Auftakt dazu, auch noch die tendenzielle Verwüstung der Welt durch die klimatischen Auswirkungen von 150 Jahren kapitalistischer Produktionsweise doppelt und dreifach produktiv zu machen. Die Eroberung der Sparten des Weltmarktgeschäfts, denen »die Zukunft« kapitalistischer Bereicherung vorausgesagt wird, die Internationalisierung des finanzkapitalistischen Wachstumszirkels einer »tiefen« Kapitalmarktunion, die Subsumtion der kapitalistischen Welt unter die Funktion europäischen Geldkapitals als Hebel zur Etablierung eines europäischen Weltkreditgelds – so ist Europas Beitrag zur Klimarettung zu haben. Dafür scheut die EU auch nicht davor zurück, daraus ein Kampffeld der Staatenkonkurrenz zu machen, intern und gegen den Rest der Staatenwelt.

### Anmerkungen

1 Art. 3 der Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.2.21 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität, ABl. L 57, S. 17, 31

2 Josep Borrell, Werner Hoyer, Euractiv Newsletter, 27.1.21

3 Europäische Kommission: »Eine Kapitalmarktunion für die Menschen und Unternehmen – neuer Aktionsplan«, Brüssel, 24.9.20, COM (2020) 590 final

4 Europäische Kommission – Pressemitteilung, Brüssel, 19.1.21

5 Christine Lagarde: »Towards a green capital markets union for Europe«, Rede am 6.5.21

6 Europäische Kommission: »Eine Kapitalmarktunion ...«, a. a. O.

7 »Der Euro-Zone fehlt ein sicheres Wertpapier«, Handelsblatt, 6.3.19

8 Europäische Kommission: »Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion«, Brüssel, 31.5.17, COM (2017)

9 Europäische Kommission: »Eine Kapitalmarktunion ...«, a. a. O.

10 Christine Lagarde: »Towards ...«, a. a. O.

Mehr zum Thema Euro-Bonds sowie weitere Themen im aktuellen Heft 4/2021 der Zeitschrift Gegenstandpunkt. Zu beziehen unter: [gegenstandpunkt.com](https://www.gegenstandpunkt.com)

Theo Wentzke schrieb an dieser Stelle zuletzt 4. Oktober über die Beziehungen zwischen Putin und Biden.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/417490.ziele-und-plaene-der-eu-bruesseler-weltmachtehrgeiz.html>